

Die Standortsuche läuft – in die falsche Richtung

1. Wer ist verantwortlich für den Atommüll?
2. Die Herausforderung
3. Suchverfahren: Der Stand der Dinge
4. Suchverfahren: Der Stand der Kritik
5. Eine Prognose
6. Die Strategie von .ausgestrahlt
7. Wo steht die Bewegung?

1. Wer ist verantwortlich für den Atommüll?

- Der Müll ist da.
- Es ist nicht unser Müll – wir haben immer dagegen gekämpft, dass er produziert wird.
- Er ist leider trotzdem da.
- Viele aus der Bewegung sagen: Es ist nicht unser Problem, nicht unsere Verantwortung, was mit diesem Müll passiert. Denn es ist nicht unser Müll.
- Aber es denen zu überlassen, die es eher billig, eher schnell und eher ohne gesellschaftliche Verständigung machen wollen, ist fahrlässig – zumindest wenn ich es an einer Maxime ausrichte, die für viele in der Anti-Atom-Bewegung und auch für mich dabei wichtig ist: Weniger Risiko – mehr Sicherheit.
- Zum Thema, wer eigentlich verantwortlich ist für den Müll, schreiben Konrad Ott und Franziska Semper von Forschungsverbund ENTRIA: „*Man unterscheidet retrospektive von prospektiver Verantwortung. So kann die heutige Generation retrospektiv frühere Generationen für die Entstehung hoch radioaktiver Reststoffe verantwortlich machen und muss zugleich prospektiv über deren Verbleib entscheiden.*“ (Zeitschrift Gaia – Ökologische Perspektiven für Wissenschaft und Gesellschaft, 2/2017)
- Ich übertrage das mal auf unseren Kontext: Wir können als Atomkraftgegner*innen retrospektiv (und übrigens auch noch aktuell) Atomindustrie und Politik für die Entstehung des Atommülls verantwortlich machen. Und können oder sollten oder müssen (je nach Geschmack) zugleich prospektiv über dessen Verbleib nachdenken und mit dafür sorgen, dass dabei nicht unnötige Risiken eingegangen werden.
- Es wäre ja auch insofern absurd, das nicht zu tun, als dass wir, als es um die Produktion des Atommülls ging, uns massiv eingemischt haben. Wir wollten mit unseren Protesten erreichen, dass der Atommüll nicht produziert wird, weil wir wussten, dass das Risiko nur dann eingehegt wird, wenn wir dafür sorgen. Genauso, finde ich, sollten wir uns auch jetzt einmischen, um dafür zu sorgen, dass der Atommüll nicht unsicherer gelagert wird, als möglich.
- Bisher hieß es in der Anti-Atom-Bewegung zum Thema Atommüll: Wenn die Badewanne überläuft, zuerst den Hahn abdrehen und dann den Schaden so gut wie möglich in den Griff bekommen. Doch die aktuelle Situation ist anders. Um im Bild zu

bleiben: A) Der Hahn klemmt. B) Sie gehen mit dem übergelaufenen Wasser schlecht um. C) Bis es ernst wird mit der dauerhaften Atommüll-Lagerung, ist der Hahn hoffentlich zu.

Zusammengefasst: Es ist nicht unser Müll – aber wenn wir uns nicht mit drum kümmern, dann endet es böse.

2. Die Herausforderung

- Es gibt keinen wirklich sicheren Ort für die Lagerung des Atommülls. Davor hat die Anti-Atom-Bewegung immer gewarnt. Es gibt keinen sicheren Ort, dennoch braucht dieser Müll einen Platz, an dem er so sicher wie eben möglich aufbewahrt werden kann.
- Es braucht also eine langfristige Lagerung nach der am wenigsten unsicheren Methode.
- Und wenn diese Methode klar ist, braucht es den dafür am wenigsten unsicheren Ort.
- Um Methode und Ort zu finden, braucht es ein faires und wissenschaftliches Verfahren.
- Und wenn dieser Ort gefunden ist, dann wäre es fatal, wenn er am Widerstand der örtlichen Bevölkerung scheitert.
- Dass die Bevölkerung in der Lage ist, so ein Projekt scheitern zu lassen, hat die Geschichte der Auseinandersetzung um die Atomkraft gezeigt: Wyhl, Wackersdorf, Kalkar, Gorleben...
- Dass es einfacher wird, wenn der Konflikt um die AKW beendet ist, glaube ich nicht. Beispiele: Stromtrassen, Windräder, Stuttgart 21
- Was braucht es also, damit die Bevölkerung das Projekt nicht verhindert?
- Es braucht ein Verfahren, das so fair und gerecht ist, dass die Betroffenen den Akteuren und den Ergebnissen vertrauen.
- Das Sicherheitsrisiko werden am Ende die Menschen tragen, die dort leben, wo der am wenigsten schlechte Aufbewahrungsort für den Atommüll ist. Dieses Los können die Betroffenen aber nur dann annehmen, wenn sie den Weg der Standortauswahl als gemeinschaftlichen Prozess entscheidend mitgestaltet und mitbestimmt haben.
- Damit das gelingt, muss das Verfahren von Anfang an mit den (potenziell) Betroffenen gemeinsam entwickelt werden.
- Die Geschichte zeigt: Wenn man den Betroffenen kein Veto-Recht gibt, dann nehmen sie es sich auf der Straße – und der Konflikt eskaliert.
- Mit Veto-Recht meine ich nicht, dass die Betroffenen nur ganz am Ende des Prozesses gefragt werden, sondern schon von Anfang an mit einbezogen sind.

Nochmal zusammengefasst die Herausforderung: Der am wenigsten schlechte Ort für das am wenigsten schlechte Lagerverfahren darf nicht am Widerstand der Betroffenen scheitern.

3. Suchverfahren: Der Stand der Dinge

- 2011: „Neustart“
- 2013: erstes StandAG – Baustopp Gorleben
- 2014-2016: Atommüll-Kommission – BUND sagt am Ende „Nein“
- 2017: zweites StandAG beschlossen, Bundesamt BfE und Bundesgesellschaft BGE und Nationales Begleitgremium NBG eingerichtet.
- Das Suchverfahren hat drei Stufen, wie drei Siebe: Es wird immer weiter ausgesiebt, mit immer feineren Maschen. Am Ende jeder Stufe steht eine Bundestags-Entscheidung
- Vier verschiedene Arten von Kriterien: Ausschlusskriterien, Mindestkriterien, geologische und planungswissenschaftliche Abwägungskriterien,
- BGE sammelt geologische Daten
- Wendet derzeit Ausschlusskriterien an – als nächstes Mindestkriterien
- Frühestens Mitte 2020: Zwischenbericht Teilgebiete – die erste offizielle Landkarte
- Danach: Fachkonferenz Teilgebiete
 - Eine gemeinsame für alle Gebiete (Regionalkonferenzen erst später)
 - Max. drei Beratungstermine
 - Max. sechs Monate Zeit für Stellungnahme
 - Danach Auflösung
- BGE siebt weiter aus und schlägt dem Bundestag Standorte zur obertägigen Erkundung vor
- Parallel dazu arbeitet das BMU im Verborgenen an den „Sicherheitsanforderungen“ für die Atommüll-Lagerung. Darin wird das „Schutzniveau“ festgelegt, nachdem bewertet wird, ob ein Standort als „sicher“ gilt.

Zusammengefasst: Die Suche läuft bereits intensiv. Wesentliche Entscheidungen fallen bereits, ohne dass es jemand merkt.

4. Suchverfahren: Der Stand der Kritik (allgemein + aktuell)

- Der Anspruch im StandAG: Wissenschaftlich, transparent, partizipativ, selbsthinterfragend und lernend

Wissenschaftlich

- Die im Gesetz festgelegten Kriterien sind teilweise vage und Ergebnis von politischen Kompromissen, nicht von wissenschaftlichen Erkenntnissen.
- Regionen, zu denen keine Geo-Daten vorliegen, können ausgeschlossen werden.
- Die Festlegung auf geologische Tiefenlagerung erfolgte ohne ausreichenden Optionenvergleich.
- Da der Bundestag festlegt, wer durch das jeweilige Sieb kommt, kann er aus politischen Gründen anders entscheiden, als von BGE und BfE empfohlen.
- Nur ein Teil der Daten liegt digital vor. Analoge Daten werden größtenteils nicht an die BGE übermittelt.
- Bei der Gewichtung der Abwägungskriterien ist jede Manipulation möglich.

Transparent

- Die Behörden sprechen penetrant von der „weißen Landkarte“, obwohl völlig klar ist, dass bestimmte Gebiete mehr in Frage kommen als andere.
- Das Eigentumsrecht schützt private Erkundungsdaten (etwa von Erdölfirmen) vor Veröffentlichung. Damit gibt es keinen Einblick in verfahrensrelevante Daten. Wer sich fragt „wieso trifft es uns?“ bekommt keine Antwort oder eine, die er oder sie nicht nachprüfen kann.
- Infofilm auf der Internetseite des BfE: *„Ausschluss und Auswahl der Regionen können Bürgerinnen und Bürger von Anfang an im Internet mitverfolgen.“* Die Aussage bezieht sich auf die Zeit vor der für 2020 geplanten Benennung von Teilgebieten, also jetzt. Die Realität: Nach der jetzt laufenden ersten Anwendung der Ausschlusskriterien fallen große Gebiete aus der Suche heraus. Umgekehrt wird es für alle anderen konkreter. Veröffentlicht werden sollen diese Zwischenergebnisse nicht. Die zitierte Aussage aus dem BfE-Film entspricht nicht der Wahrheit.
- Bezeichnend auch die Begründung von BfE-Präsident Wolfram König, warum die vier regionalen Veranstaltungen seines Amtes in Ulm, Frankfurt, Leipzig und Hamburg im Januar nur für kommunale Vertreter*innen, aber nicht für Menschen aus kritischen Organisationen oder gar für die Öffentlichkeit zugänglich waren: *„Transparenz und Nachvollziehbarkeit bedeutet eben nicht, dass alle Türen geöffnet sind für jedermann. Das würde sicherlich nicht dazu führen, dass solche Diskussionen konstruktiver laufen.“* (Regio-TV Schwaben, 16.1.2019)
- Das Geodatengesetz dauert und wird offensichtlich das Problem mit den „privaten Daten“ nicht lösen können. Selbst die BGE schreibt in einer Stellungnahme: *„Auch mit dem vorliegenden Entwurf wird uns die Umsetzung des gesetzlichen Auftrages Transparenz bei der Standortsuche nicht ermöglicht.“* (Stellungnahme vom 20.8.2018)
- Es gibt zwar eine Informationsplattform auf der Webseite des BfE, auf die manche Dokumente des Verfahrens eingestellt werden. Dabei fehlen allerdings völlig Dokumente aus dem BMU, obwohl es oberster Herr des Verfahrens ist und dort relevante Entscheidungen fallen.
- Das NBG tagt immer öfter nicht öffentlich. Seine Arbeitsgruppen tagen ausschließlich nicht-öffentlich.
- Bruno Thomauske zum Zieldatum 2031: *„In der Endlagerkommission hieß es, Transparenz und Offenheit sind die Grundprinzipien des Standortauswahlverfahrens. Doch entscheidende Akteure halten sich nicht daran. Die Endlagersuche wird noch Jahrzehnte dauern. Der Öffentlichkeit wird dies aber nicht kommuniziert. Man startet somit mit einer Anfangslüge in einen Prozess, der Glaubwürdigkeit voraussetzt.“* (Tagesspiegel, 15.1.2019)

Partizipativ

- Die Klagerechte der Betroffenen sind extrem eingeschränkt.
- Die sogenannten Beteiligungsformate sind auf Information und Anhörung reduziert – ohne jede Ergebniswirksamkeit. Viele Menschen können in vielen Gremien viel reden und sich wichtig fühlen – müssen aber nicht gehört werden.
- Beispiel NBG: fleißig (schon 25 Sitzungen) aber ohne Einfluss – dafür beliebt bei der Presse, als Zeichen, wie partizipativ alles ist.
- Rücktritt eines Zufallsbürgers, weil er nicht gewährleisten konnte, nicht als Feigenblatt missbraucht zu werden.

- Es wird aus dem NBG immer wieder eine „Beteiligung von Anfang an“ gefordert und auch das BfE spricht davon. Dabei wurden zwischen 2011 und 2017 alle wesentlichen Pflöcke ohne Beteiligung eingerammt. Und seit 2017 läuft die Suche – intransparent und ohne Beteiligung. Die Floskel von der „Beteiligung von Anfang an“ kommt aber seit Jahren ständig wieder, indem der „Anfang“ einfach immer weiter in die Zukunft verschoben wird, obwohl bereits ohne Ende Fakten geschaffen wurden und werden.
- Erste Statuskonferenz im November: Etwa 200 Leute, wird als Meilenstein der Partizipation gefeiert. Auf die Frage, wer nicht aus beruflichem Interesse da ist, melden sich (außer dem NBG) etwa 5 Leute.
- BfE und BGE stecken viel Energie in Werbemaßnahmen für das Verfahren – um ein möglichst breites gesellschaftliches Bündnis gegen die Menschen an dem Standort zu schmieden, der es schließlich werden soll.
- Zwei ehemalige Mitglieder der Atommüll-Kommission zum Thema Beteiligung:
 - *„Machen wir uns nichts vor: Die Phase 1 hat schon Halbzeit. Öffentlichkeitsbeteiligung hat nicht stattgefunden und Transparenz gibt es nicht.“* Klaus Brunsmeier, BUND, NBG-Mitglied, auf der ersten BfE-Statuskonferenz am 8.11.2018
 - *„Eine Einbindung der breiten Öffentlichkeit in das Standortauswahlverfahren ist bislang nicht gelungen. Ein Konzept zu einer aktiven Einbindung der Öffentlichkeit scheint es nicht zu geben.“* Bruno Thomaske, Ex-Atommanager im Tagesspiegel vom 15.1.2019

Selbsthinterfragend und lernend

- Es liegt kein Konzept für Verfahrensevaluation vor.
- Das Verfahren erfolgt unter hohem Zeitdruck (Deadline: 2031) und lässt damit keinen Spielraum für wesentliche Korrekturen.
- Die Politik drängt auf ein schnelles Verfahren und ist nicht bereit für Veränderungen im Gesetz.
- Bisher zeigen sich die Behörden an keiner Stelle offen für wesentliche Veränderungen.
- BfE in einer Broschüre zu Beteiligung: *„Konflikte sind unproduktiv, wenn sie sich in Details und Wiederholungen verzetteln, auf persönlichen Befindlichkeiten beruhen und einzig das Ziel verfolgen, einzelne Standorte zu verhindern und das Verfahren zu verzögern. Solche Konflikte versuchen wir zu vermeiden. Gelingt das nicht, werden wir sie durch eine begründete Entscheidung beenden.“*

Zusammenfassung: Das Suchverfahren wird den eigenen Ansprüchen in keiner Weise gerecht. Es ist grundlegend falsch konstruiert.

5. Eine Prognose

- **Mit diesem Gesetz, diesem Verfahren und diesen Akteuren wird die Standortsuche nicht gelingen.**
- **Heraus kommt nicht der am wenigsten schlechte Standort, sondern ein politisch gewollter.**
- **Die Betroffenen werden sich wehren und das Projekt verhindern.**
- **Wir stehen als Gesellschaft in 10 bis 20 Jahren mit leeren Händen da und müssen wieder von Vorne anfangen.**

6. Die Strategie von .ausgestrahlt

- Das Ziel: Der am wenigsten schlechte Ort für das am wenigsten schlechte Lagerverfahren darf nicht am Widerstand der Betroffenen scheitern.
- Situation: Mit dem jetzigen Suchverfahren wird das nicht gelingen.
- Ja, Atomkraftgegner*innen müssen sich kümmern, sich einmischen, als Garant*innen für mehr Sicherheit – aber nicht bei diesem Verfahren mitmachen. Das wäre nur Legitimation für einen falschen Weg und das Verhältnis von Aufwand und Wirkung unverhältnismäßig, weil es den offiziellen sogenannten Beteiligungsformaten eben völlig an Ergebniswirksamkeit fehlt.
- Deshalb braucht es so schnell wie möglich einen weiteren Neustart und ein neues Verfahren, das von Anfang an gemeinsam mit den (potenziell) Betroffenen entwickelt wird. Leitfrage: Was braucht ihr, um einem Verfahren und den Akteuren vertrauen zu können?
- Um dies zu erreichen, muss das jetzige Verfahren delegitimiert und gestoppt werden.
- Derzeit aufgrund der Kräfteverhältnisse kaum denkbar. Aber die werden sich ändern.
- Ab 2020 gibt es eine erste Landkarte, gibt es Betroffene. Niemand will das Risiko bei sich haben. Es entstehen also überall starke Kräfte, zuerst aus dem Impuls: „Nicht bei mir!“
- Wir wollen dafür sorgen, dass diese Kräfte sich nicht gegeneinander richten, sondern solidarisch kooperieren und herausfinden, was ihre gemeinsamen Interessen sind und gemeinsam dafür eintreten: Nämlich für ein neues anderes Suchverfahren, in dem sie ganz andere Rechte haben – wirklich von Anfang an.
- Wir informieren derzeit in den Regionen, bei denen die Wahrscheinlichkeit gegeben ist, dass sie für die Suche in Frage kommen. Zu Veranstaltungen kommen sehr viele Menschen.
- Wir erstellen dazu umfassendes Informationsmaterial.
- Wir regen zur Gründung von BIs an.
- Wir regen dazu an, sich regional und überregional zu vernetzen und gemeinsame Interessen zu formulieren und daraus Forderungen abzuleiten.
- Zwischenziel: Wenn das BfE die Regionalkonferenzen gründen will, weigern sich viele Regionen, daran teilzunehmen und fordern stattdessen einen Neustart.

Zusammengefasst: Die Kraft für ein neues und besseres Suchverfahren kommt aus den betroffenen Regionen – wenn das jemand organisiert.

7. Wo steht die Bewegung?

- Wesentliche Akteur*innen haben extrem unterschiedliche Haltungen und Vorgehensweisen:
- .ausgestrahlt habe ich beschrieben.
- BUND: Mitarbeit in der Atommüll-Kommission, im NBG, wahrscheinlich auch in den Regionalkonferenzen. Ziel: Schlechtes Verfahren von innen etwas besser machen.
- BI Lüchow-Dannenberg: Ambivalent zwischen grundsätzlicher Ablehnung des Verfahrens und dem Versuch, das NBG zu nutzen, um kleine Veränderungen zu erreichen. Aus meiner Sicht kommt diese Ambivalenz – und das ist keine Kritik – aus der Einschätzung, dass die Kräfteverhältnisse gerade extrem ungünstig sind und deshalb jeder Strohhalm genutzt werden sollte.
- Viele andere sind mit anderen Themen vollauf beschäftigt – auch im Bereich Atommüll: Abriss, Zwischenlagerungen, Transporte, Freimessen etc.
- Und wieder andere sagen: Was soll ich mich um deren Müll kümmern?
- Und schließlich gibt es sogar manche, die auf die Geldtöpfe schießen – es gibt gerade Jobs ohne Ende bei den Akteuren der Suche.
- Ich bin – das ist naheliegend – von der Strategie überzeugt, die wir uns bei .ausgestrahlt überlegt haben und möchte hier dafür werben, dass sich auch andere Gruppen und Organisationen dem anschließen.
- Denn eines ist auch klar: Alleine schaffen wir das nicht.
- Es braucht viele, die in die betroffenen Regionen gehen und die Menschen dort davor bewahren, den Behörden mit ihren großen PR-Abteilungen auf den Leim zu gehen.

Ich werbe also dafür, dass sich viele in die Debatte einmischen – aber sich nicht in das ungeeignete Verfahren einbinden lassen.